

Antragsteller\*in, Anschrift, Telefonnr.

Bezirksamt Pankow von Berlin  
Bezirksbeauftragte für  
Partizipation und Integration

Postfach 730 113  
13062 Berlin

### Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

Anlagen

1. Wir beantragen für das Haushaltsjahr 20 \_\_\_\_\_ die Bewilligung einer Zuwendung in Höhe von:

Zuwendungsbetrag in €

Projekttitle

2. Für das Projekt wurden/werden bei folgenden öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen weitere Mittel beantragt:

Stelle

Höhe und Art der Mittel

3. Angaben über die Mittelverwaltung:

a) Wir arbeiten mit folgender Buchführung:

- kaufmännische doppelte Buchführung  
 einfache Einnahme- und Ausgabebuchführung etc.  
 Sonstige: \_\_\_\_\_

b) Die Buchhaltung und Kasse werden geführt durch  hauptamtliche Personen  
 ehrenamtliche Personen

c) Das Jahresergebnis wird geprüft durch:

eigene Revisor\*innen  
fremde Revisor\*innen bzw.  
Wirtschaftsprüfer\*innen

Sonstige (z.B. Steuerberater\*innen oder  
-prüfer\*innen)

4. Wir sind sind nicht zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt.

5. Wir haben haben keinen Anspruch auf Gewährung einer Investitionszulage.

6. Anwendbarkeit von § 14 Absatz 1 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) bei einer beantragten Zuwendung ab 25.000,00 € und mehr als 10 Beschäftigten  
Ja (siehe \*) Nein

\* Mir ist bekannt, dass die Bewilligung von Mitteln von der Verpflichtung abhängig ist, dass Maßnahmen zur aktiven Förderung der Beschäftigung von Frauen\* gemäß LGG zu ergreifen sind.  
Die beigefügte Anlage § 3 Absatz 1 Leistungsgewährungsverordnung (LGV) wurde vollständig ausgefüllt und dem Antrag beigelegt.

7. Einzureichende Antragsunterlagen:

- a) Satzung bzw. Gesellschaftervertrag
- b) Finanzierungsplan
- c) Projektbeschreibung
- d) Stellenplan
- e) Vereinsregister- bzw. Handelsregisterauszug
- f) aktueller Freistellungsbescheid des Finanzamtes

Davon

ist/sind diesem Antrag beigelegt: a) b) c) d) e) f)

8. Veröffentlichung der Projektangaben im Internet

Mir ist bekannt, dass es sich bei der Veröffentlichung um eine Bewilligungsvoraussetzung handelt.

zugestimmt nicht zugestimmt (bitte eine Begründung einreichen)

8.1. Die Registriernummer in der Transparenzdatenbank lautet:

9. Angaben zur Bindung / Anlehnung an einen Tarif

Es ist darzulegen, inwiefern Sie tarifgebunden sind.

Bindung an folgenden Tarif:  
Anlehnung an folgenden Tarif  
(z.B. Öffentlicher Dienst):  
nicht tarifgebunden:

10. Für Auskünfte steht zur Verfügung (Name, E-Mail, Tel.):

a) zu inhaltlichen Fragen:	
b) zu Abrechnungsfragen:	

11. Wir bitten, die Zuwendung auf folgendes Konto zu überweisen:

IBAN:

BIC:

Wir unterhalten folgende weitere Konten bei (Geldinstitut):

Die Einsicht in andere Konten kann verlangt werden um festzustellen, ob Mittel, die Bezug zur geförderten Maßnahme haben, auf andere Konten geleitet werden.

12. Wir versichern, dass die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam verwendet werden. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben einschließlich der Angaben im Finanzierungsplan wird bestätigt.

--

Ort, Datum

--

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)  
- Bitte den/die Namen in Druckbuchstaben wiederholen -

**Erklärung gemäß § 3 Absatz 1 der Leistungsgewährungsverordnung (LGV)**

Leistungsempfänger\*in:

--

**I. Beschäftigtenzahl**

Bei dem\*der Leistungsempfänger\*in sind in der Regel beschäftigt:

Über 500 Beschäftigte (-> Gemäß § 4 Abs. 2 Nummer 1 der LGV sind drei der in § 4 Abs. 1 der LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen* und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen, davon mindestens eine Maßnahme der Nummer 1 bis 6.)	<input type="checkbox"/>
Über 250 bis 500 Beschäftigte (-> Gemäß § 4 Abs. 2 Nummer 2 der LGV sind drei der in § 4 Abs. 1 der LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen* und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen.)	<input type="checkbox"/>
Über 20 bis 250 Beschäftigte (-> Gemäß § 4 Abs. 2 Nummer 3 der LGV sind zwei der in § 4 Abs. 1 der LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen* und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen.)	<input type="checkbox"/>
Über 10 bis 20 Beschäftigte (-> Gemäß § 4 Abs. 2 Nummer 4 der LGV ist eine der in § 4 Abs. 1 Nummer 1 bis 20 der LGV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen* und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen.)	<input type="checkbox"/>

**II. Maßnahmen zur Frauen\*förderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns zur Durchführung oder Einleitung folgender Maßnahme(n) gemäß § 4 Absatz 1 der Leistungsgewährungsverordnung.

1.	Umsetzung eines qualifizierten Frauen*förderplans	<input type="checkbox"/>
2.	Verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauen*anteils an den Beschäftigten in allen Funktionsebenen	<input type="checkbox"/>
3.	Erhöhung des Anteils der weiblichen Beschäftigten in gehobenen und Leitungspositionen	<input type="checkbox"/>

4.	Erhöhung des Anteils der Vergabe von Ausbildungsplätzen an Bewerberinnen*	<input type="checkbox"/>
5.	Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindestens entsprechend ihrem Ausbildungsanteil	<input type="checkbox"/>
6.	Einsetzung einer Frauen*beauftragten	<input type="checkbox"/>
7.	Überprüfung der Entgeltgleichheit bei den Leistungsempfänger*innen mithilfe anerkannter und geeigneter Instrumente	<input type="checkbox"/>
8.	Angebot von Praktikumsplätzen für Mädchen* und junge Frauen*, insbesondere in Berufen, in denen Frauen* unterrepräsentiert sind	<input type="checkbox"/>
9.	Teilnahme an anerkannten und geeigneten Maßnahmen und Initiativen, die Mädchen* und junge Frauen* für männlich dominierte Berufe interessieren sollen	<input type="checkbox"/>
10.	Spezielle Bildungsmaßnahmen nur für Frauen*, die zur Erreichung qualifizierter Positionen befähigen sollen	<input type="checkbox"/>
11.	Bereitstellung der Plätze bei sonstigen Bildungsmaßnahmen für Frauen* zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
12.	Bereitstellung der Plätze bei externen, von dem*der Leistungsempfänger*in finanzierten Bildungsmaßnahmen für Frauen* zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
13.	Bevorzugte Berücksichtigung von Frauen* beim beruflichen Aufstieg nach erfolgreichem Abschluss einer in- oder externen Bildungsmaßnahme	<input type="checkbox"/>
14.	Angebot flexibler, den individuellen Bedürfnissen entsprechender Gestaltung der Arbeitszeit	<input type="checkbox"/>
15.	Angebot alternierender Telearbeit	<input type="checkbox"/>
16.	Möglichkeit befristeter Teilzeitarbeit, vorzugsweise vollzeitnah, mit Rückkehroption in eine Vollzeitarbeit, auch in Führungspositionen	<input type="checkbox"/>
17.	Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an Fortbildungen, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit	<input type="checkbox"/>
18.	Bereitstellung in- oder externer Kinderbetreuung, auch für Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeit der regulären Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>
19.	Bereitstellung geeigneter Unterstützung und Flexibilität am Arbeitsplatz für Beschäftigte, die Erziehungs- und Pflegeaufgaben wahrnehmen	<input type="checkbox"/>
20.	Umwandlung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in mindestens Teilzeitarbeitsplätze	<input type="checkbox"/>
21.	Vermeidung einer überproportionalen Verringerung des Frauen*anteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei Personalmaßnahmen	<input type="checkbox"/>

**III. Erforderlichenfalls anzugeben: Antrag zur Befreiung von der Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen zur Frauen\*förderung und/oder zur Förderung von Beruf und Familie**

Von der Verpflichtung zur Durchführung von den unter II. aufgeführten Maßnahmen beantrage ich die Befreiung, da die Beschäftigung von Männern\* aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen aus nachfolgenden Gründen unabdingbar ist:

Begründung:

Mir/Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen dieser Erklärung oder die Nichterfüllung der Auflage gemäß § 3 Absatz 1 der Leistungsgewährungsverordnung zum Widerruf oder zur Rücknahme der gewährten Leistung führen können.

**Ort, Datum**

**Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)**

**- Bitte den/die Namen in Druckbuchstaben wiederholen -**